

BILDUNG THURGAU

BERUFSORGANISATION DER LEHRERINNEN
UND LEHRER DES KANTONS THURGAU

Frauenfeld, 31. Oktober 2005

Herrn
Regierungsrat Bernhard Koch
Departement für Erziehung und Kultur
8510 Frauenfeld

Praxis für Besoldungsanpassung bei unbezahlten Urlauben

Sehr geehrter Herr Koch

Vielen Dank für die Einladung zur Stellungnahme zur Praxisanpassung bei unbezahlten Urlauben. Die Anpassung dieser Entschädigung war ein langjähriges Anliegen des ehemaligen LTG's. Es ist sehr erfreulich, dass die Problematik erkannt wurde und die Bereitschaft besteht, an dieser Praxis etwas zu ändern. Wie andere aktuelle Probleme hängt die Schwierigkeit, eine sachgerechte Lösung zu finden, mit der unregelmässigen Arbeitsverteilung innerhalb des Arbeitsjahres zusammen. Schulferienwochen sind nicht gleichzusetzen mit Ferienwochen für die Lehrkräfte. Während der Schulferien wird vor- und nachbereitet, es werden Prüfungen korrigiert, Werkstätten zusammengestellt usw. und es werden Überstunden kompensiert, die während den Unterrichtswochen angefallen sind. Lehrkräfte leben schon lange nach dem so genannten Jahresarbeitszeitmodell und dies in einem sehr hohen Masse. Wie beim Verwaltungspersonal ist daher grundsätzlich davon auszugehen, dass pro ausfallende Arbeitswoche das Jahreseinkommen um einen Zweiundfünfzigstel gekürzt werden soll.

Mi Hilfe einer sachgerechten Lösung sollen zwei unerwünschte Resultate vermieden werden. Einerseits soll eine Lehrkraft ihren unbezahlten Urlaub nicht verlängern können, indem sie diesen mit Schulferien verbindet, ohne dass der allfällig in diesen Wochen - zusätzlich zu den üblichen vier Wochen Ferien - genossene Urlaub sich auf den Lohn auswirkt. Andererseits soll eine Lehrkraft, die während den Schulferien vor- und nachbereitet, die Übergabe der Klasse an die stellvertretende Lehrkraft organisiert und legitimerweise Überstunden kompensiert, für diese Wochen keinen Lohnabzug in Kauf nehmen müssen. Eine pauschale Lösung wird zwangsläufig im Einzelfall das eine oder andere unerwünschte Resultat mit sich bringen.

Die Lösung, die das Departement vorschlägt, ändert an der bestehenden Praxis nur dann etwas, wenn eine Lehrkraft Urlaub bezieht, der an keine Schulferien anschliesst und keine Schulferien einschliesst. Bei allen anderen Urlauben wird gleich viel abgezogen wie bisher. Unbezahlte Urlaube werden jedoch in der Regel so gelegt, dass sie an Schulferien anschliessen. Dies liegt u.a. darin begründet, dass den Schülerinnen und Schülern nicht mehr Unruhe als notwendig zugemutet werden soll, ausserdem ist die Organisation einer Stellvertretung so wesentlich einfacher. Eine unerwünschte Nebenwirkung dieser Urlaubsregelung könnte sein, dass unbezahlte Urlaube so bezogen werden, wie sie anfallen. Auch wenn der Urlaub z.B. erst eine Woche nach den Schulferien terminiert ist.

Mit der vorgeschlagenen Lösung werden die Schulferien wie bei der ursprünglichen Lösung anteilmässig auf die Unterrichtswochen verteilt. Das wäre aber nur dann gerechtfertigt, wenn die Schulferienwochen auch für die Lehrkraft Ferienwochen sind. Das folgende Beispiel veranschaulicht, dass dies nicht sachgerecht ist: Eine Lehrkraft bezieht nach den Herbstferien einen Monat unbezahlten Urlaub. Sie hat in den Herbstferien das erste Quartal abgeschlossen, die Zeit nach dem Urlaub vorbereitet und sich vielleicht an einer Weiterbildung beteiligt. Sogar wenn sie während einigen Tagen Überstunden kompensieren würde und den unbezahlten Urlaub entsprechend früher antreten würde, wäre es nicht gerechtfertigt, ihr für diese Zeit keinen Lohnanspruch zu gewähren. Eine weitere Unklarheit besteht, wenn eine Lehrkraft nach der Sportferienwoche z.B. fünf Wochen unbezahlten Urlaub bezieht. Gemäss dem vorgeschlagenen Modell müsste der Lehrkraft nebst der Sportwoche für eine weitere halbe Woche Lohn abgezogen werden. Das ist nicht nachvollziehbar.

Die Formulierung, dass *mindestens* 3/10 einer Schulferienwoche unbezahlt bezogen werden müssen, ist eine Schlechterstellung gegenüber der bestehenden Fassung weil $1/40 = 1/52 + 0.3/52$. Wenn mehr als 3/10 einer Schulferienwoche zu einer ausfallenden Unterrichtswoche gezählt werden, dann ist der Abzug grösser als er bisher war. Damit wäre das Ziel einer vermittelnden Lösung nicht erreicht. 3/10 einer Schulferienwoche muss darum die obere Grenze für den Abzug bilden.

Um individuelle Lösungen zu ermöglichen, die keine unerwünschten Folgen haben, schlagen wir folgenden Kompromissvorschlag vor: Pro ausfallende Unterrichtswoche wird ein Zweiundfünfzigstel abgezogen. Die Lehrkraft vereinbart mit dem Schulleiter oder der Schulleiterin wie viel für die an den unbezahlten Urlaub angrenzenden Schulferienwochen abgezogen wird. Maximal kann pro ausfallende Unterrichtswoche 3/10 einer Ferienwoche abgezogen werden.

Dieser Vorschlag bedeutet eine Umformulierung von Ziffer 2 im folgenden Sinne:

2. Bei unbezahlten Urlauben, welche unmittelbar an Schulferien anschliessen oder solche einschliessen, muss zunächst mit der Schulleitung oder der Schulbehörde der genaue Beginn und das Ende des Urlaubs festgelegt werden. Dabei ist die Arbeitsbelastung und eine allfällige Kompensation in den unterrichtsfreien Wochen zu berücksichtigen. Im Individualfall kann pro ausfallende Schulwoche ein weiterer Abzug von maximal 3/10 einer Schulferienwoche getätigt werden.

Mit freundlichen Grüssen

Eva Büchi
Präsidentin Bildung Thurgau

Mette Baumgartner
Geschäftsstelle Bildung Thurgau